

NACHRICHTEN

Stefan Feiler kandidiert für CDU in Ottweiler

Ottweiler. Bei der Ottweiler Bürgermeisterwahl am 24. Februar 2008 schickt die CDU den Leiter der saarländischen EU-Vertretung in Brüssel, Stefan Feiler (Foto: SZ), ins Rennen. Der 36-jährige Jurist war als



Mitarbeiter des Europäischen Parlaments zuvor auch in Lausanne und Straßburg tätig. Feiler muss sich gegen Hans-Heinrich Rödle (63) behaupten, der seit rund 18 Jahren Bürgermeister in Ottweiler ist und von der SPD erneut nominiert wurde. Ferner bemühen sich der unabhängige Kandidat Günter Groß und der NPD-Landesvorsitzende Frank Franz um die nötige Unterstützung, um zur Wahl antreten zu können. *gth*

Stephan Rausch tritt in Oberthal für die CDU an

Oberthal. Stephan Rausch wird für die Oberthaler CDU bei der Bürgermeisterwahl am 2. März 2008 antreten. Dafür haben sich die 64 Delegierten der Vertreterversammlung des CDU-Gemeindeverbandes am Samstagabend ausgesprochen, bei einer Enthaltung und nur einer Gegenstimme. Der 45-jährige Rausch, zurzeit CDU-Fraktionsvorsitzender im Oberthaler Rat und Erster Beigeordneter der Gemeinde, soll Sigrid Morsch nachfolgen, die nach 17 Jahren im Amt vorzeitig in Ruhestand gehen will. *ru*

Saarbrücker Vereine trauern um Max Pfeiffer

Saarbrücken. Max Pfeiffer, der ehemalige Geschäftsführer des Saarbrücker Verkehrsvereins, ist am Samstag mit 87 Jahren gestorben. Pfeiffer, früher im Hauptberuf Verkaufsleiter bei Karlsberg, hat sich um die Landeshauptstadt viele Verdienste erworben, sei es als Karnevalist, als Initiator des Christkindlmarktes oder als Vorstandsmittglied im ADAC und im Presseclub. *tb*

Heute Vortrag in der Saarbrücker Synagoge

Saarbrücken. Die Synagogengemeinde Saar und die Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft des Saarlandes laden heute um 19 Uhr zu einem Vortrag in die Saarbrücker Synagoge (Lortzingstraße 8) ein. Gottfried Schimanowski, Evangelischer Schulreferent an der Saar, referiert über sein neuestes Buch „Juden und Nichtjuden in Alexandrien. Koexistenz und Konflikte bis zum Pogrom unter Trajan“. Der Eintritt ist frei. *red*

200 Rechtsexperten bei den Homburger Tagen

Homburg. 200 Rechtsanwälte, Richter und Fachleute von Versicherungen nahmen am Wochenende an den „Homburger Tagen“ teil, darunter auch Gerda Müller, Vizepräsidentin des Bundesgerichtshofes. Themen waren unter anderem die Einstufung von Unfallverletzungen als heilbare oder bleibende Schäden, die richtige Wahl des Umfangs einer Rechtsschutzversicherung sowie die behördlichen Maßnahmen bei Erreichen bestimmter Punktezahlen in Flensburg. *smi*

Produktion dieser Seite:
Stefanie Marsch
Oliver Schwambach

Hauptschullehrer fordern gerechtere Bezahlung

Interessengemeinschaft: Angekündigte Zulage reicht nicht

Die Hauptschullehrer im Saarland wollen endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit – und so viel verdienen wie die Realschullehrer. Die Zulagen, die Ministerpräsident Müller versprochen, reichen ihnen nicht.

Von SZ-Redakteur
Oliver Schwambach

Saarbrücken. Es gibt Tage, da sitzt Martin Heckmann im Lehrerzimmer und fragt sich: Warum verdient mein Kollege eigentlich mehr als ich? Sind beide doch seit Jahren im Schuldienst. Beide arbeiten an der Erweiterten Realschule (ERS) Ottweiler. Und beide unterrichten sowohl Schüler, die mit dem Hauptschulabschluss abgehen, als auch solche, die den Mittleren Bildungsabschluss anstreben.

Kurz gesagt: Beide machen die gleiche Arbeit. Gleiches Geld bekommen sie dafür aber nicht. Denn Heckmann ist Hauptschullehrer, sein Kollege Realschullehrer. Knapp 400 Euro hat Martin Heckmann nach mehr als 30 Dienstjahren monatlich weniger: So viel macht der kleine Unterschied in der Beamtensoldentabelle von A 12 zu A 13 aus.

Dagegen geht die IG HL, die Interessengemeinschaft Hauptschul-Lehrer/innen, an-

2006 hat sie sich auf Landesebene neu formiert. Zunächst habe man, so Peter Bely (ERS Überherrn), einer der IG HL-Sprecher, vor allem hinter den Kulissen, in Gesprächen mit Politikern, versucht, diese „Ungleichbehandlung“ der derzeit etwa 550 Hauptschullehrer abzustellen. Die Oppositionsparteien hätten alle ihre Unterstützung versichert. Auch von ranghohen CDU-Politikern habe es noch im Frühjahr des Jahres positive Signale gegeben. Umso enttäuschter war man von Peter Müllers Regierungserklärung Anfang September. Da kündigte der Ministerpräsident „mehr Besoldungsgerechtigkeit“ an. Und versprach den Hauptschullehrern von 2008 an eine monatliche pensionswirksame Zulage von 200 Euro, an das Lebensalter gekoppelt.

„Das kann bestenfalls eine Etappe sein“, moniert Christoph Schmidt, Schulleiter der ERS Überherrn. „Unser Ziel ist, dass 2010 alle Hauptschullehrer in der Besoldungsstufe A 13 sind“, fordert die IG HL. Zudem, so Schmidt, könne man nicht ein Unrecht durch ein anderes beseitigen. Die Zulage, die Müller versprochen, soll nämlich durch eine auf fünf Jahre befristete Verringerung der Bezahlung von neu einge-

stellten Real- und Sonderschullehrern finanziert werden. Vorschneidender Protest wird man der IG HL da kaum vorwerfen können. Seit 20 Jahren bereits unterrichten Haupt- und Realschullehrer gemeinsam an Gesamtschulen, seit zehn Jahren auch an Erweiterten Realschulen.

An einer ERS absolvieren Schüler ihre Schullaufbahn entweder in H-Klassen oder in M-Klassen. In einer H-Klasse hat man am Ende der Klasse neun den Hauptschulabschluss. In der M-Klasse muss man ein Jahr mehr für den Mittleren Bildungsabschluss investieren.

Die IG HL hat sich sogar die Mühe gemacht, Einsatzpläne an Erweiterten Realschulen zu vergleichen. Ergebnis: Haupt- und Realschullehrer werden in H- wie den M-Klassen gleichermaßen eingesetzt. Mehr noch. In vielen Fächern kann man den Unterricht in den M-Klassen ohne Hauptschullehrer gar nicht mehr abdecken.

Ein weiteres Problem: Die fortwährende Ungleichbehandlung sorgt auch für Missstimmung im Lehrerzimmer. „Das steigert kaum die Motivation der Hauptschullehrer im Kollegium, sich für besondere Aufgaben, etwa die Übernahme fachfremder Unterrichts- oder der Durchführung außerunterrichtlicher Aktivitäten, einzusetzen“, so Schulleiter Schmidt. Ganz zu schweigen davon, dass sich immer weniger junge Leute dazu entscheiden, Hauptschullehrer zu werden. Was die IG HL-Vertreter aber als besondere Ungerechtigkeit empfinden: Schulleiter wurden in der Besoldung 2001 gleichgestellt. Egal, ob Haupt- oder Realschullehrer. Die IG HL fordert daher: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch für die Hauptschullehrer gelten.“



Hauptschullehrer wollen gerecht besoldet werden. Foto: dpa

FDP will Klarheit, ob sich Investition in Marienstätte lohnt

Saarbrücken. In Reaktion auf die weitere finanzielle Förderung der Marienverehrungsstätte im Marpinger Härtelwald durch die Landesregierung verlangt die FDP-Fraktion im Landtag eine Kosten-Nutzen-Analyse. Der finanzpolitische Sprecher Manfred Baldauf will Aufklärung darüber, welche positiven Effekte durch die Förderung zu erwarten sind. „Bisher sind 1,3 Millionen Euro nach Marpingen geflossen. Bevor weitere Gelder nachgeschossen werden, sollten wir uns ein Bild darüber machen, inwiefern sich die bisherige Investition gerechnet hat“, erklärte Baldauf. Die FDP will eine entsprechende Anfrage stellen. *red*

Internationale Tagung über das Erbe von Baumeister Vauban

Saarlouis. Anlässlich des 300. Todesjahres des französischen Baumeisters Sébastien Le Prestre de Vauban organisieren die Stadt Saarlouis und die Universität Trier ein Symposium. Vom 26. bis 28. Oktober werden unter dem Motto „Das Erbe des Festungsbaumeisters Vauban im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum“ die vielfältigen Chancen einer attraktiven Nutzung der erhaltenen Festungssubstanz diskutiert. Dazu sprechen internationale Referenten und Vertreter verschiedener Vauban-Festungen. In sieben Vorträgen, die jeweils simultan übersetzt werden, wird der Umgang mit dem festungsbaulichen Erbe

im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum beleuchtet. Am zweiten Tag findet eine Ideenwerkstatt mit Arbeitsgruppen statt. Zum Abschluss der Tagung gehen die Teilnehmer am Sonntag auf zwei Exkursionen zu den Festungsstädten im Grenzraum. Diese führen zur Festung Hohenburg in Homburg und zur Festung Bitche sowie in die Festungsstadt Longwy und zum Vaubanweg in Luxemburg. *tha*
◆ **Das Symposium** findet in Saarlouiser Theater am Ring statt. Anmeldungen bei der Volkshochschule der Stadt Saarlouis, Tel. (0 68 31) 4 02 20 oder im Internet unter www.300-jahre-vauban.de.

Leid und Schreib-Kampf einer Prinzessin

Abrechnungen sind nicht ihre Sache. Dabei hätte **Christiane Gräfin Bernadotte-Grandmontagne** so manche Veranlassung, mit dem Schicksal und seinen Hauptdarstellern zu hadern. Das Leben



Die Gräfin stellt ihr neues Buch vor. Foto: Becker & Bredel

zwischen Kaisern, Prinzen und Grafen hat der in Marokko geborenen Deutschfranzösin beziehungsweise „Halbsaarländerin“ oft hart mitgespielt. Sie war Pharmazeutin, Model und Schauspielerin, stand unter anderem mit **Yul Brunner** vor der Kamera. Und in „Salto Mortale“. Ihre Tochter ist die Ur-Ur-Enkelin des letzten deutschen Kaisers. Den geliebten Vater des Kindes, **Christian Sigismund, Prinz von Preußen**, durfte die Bürgerliche aber nicht heiraten – sie war „nicht standesgemäß“. Nun hat Christiane Bernadotte-Grandmontagne, deren Vater Mitbegründer der Saar-

Menschen im Saarland



von Peter Wagner
(01 73) 3 06 92 50

messe war, und die seit 2004 in zweiter Ehe mit **Jan Graf Bernadotte**, Prinz von Schweden, verheiratet ist und in Forbach lebt, ihre Lebenserinnerungen aufgeschrieben. Mit Milde und Nachsicht schildert sie „Leid und Kampf einer Prinzessin“. Zwar entsprechen, wie es im Vorwort



Nach Ansicht der Polizei-Gewerkschaft im Saarland sollen Online-Durchsuchungen auch dem Verfassungsschutz erlaubt sein. Foto: dpa

Polizei: Auch Verfassungsschutz soll online durchsuchen dürfen

Saarbrücken. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Saar fordert im Gegensatz zu Innenminister Meiser, dass der Verfassungsschutz zur Online-Durchsuchung befugt wird. GdP-Chef Hugo Müller (Foto: SZ) sprach mit SZ-Redakteur Norbert Freund.

Was halten Sie davon, dass Innenminister Klaus Meiser (CDU) die Online-Durchsuchung nur der Polizei, nicht aber dem Verfassungsschutz ermöglichen will?

Müller: Natürlich muss zunächst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Einführung der Online-Durchsuchung nach dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetz abgewartet werden. Wenn Müller aber das Gericht die Online-Durchsuchung in Grenzen erlauben würde, würde es wenig Sinn machen, diese Befugnis allein der Polizei zu gewähren.

Warum sollte auch der Verfassungsschutz die Befugnis erhalten, die Online-Durchsuchung nur für die operative Tätigkeit brauche, wofür die Polizei zuständig sei.

Müller: Es ist die ureigene Aufgabe der Verfassungsschutzämter, politisch motivierte Kriminalität insbesondere auch im Bereich des islamistisch motivierten Terrorismus im Vorfeld zu beobachten, um ein Stück früher als die Polizei gefährliche Tendenzen erkennen zu können. Dazu ist die Online-Durchsuchung ein unverzichtbares Instrument.

Kritiker argumentieren, dass der Grundrechtsschutz darunter litte. Der Verfassungsschutz darf ja – anders als die Polizei – nicht erst dann agieren, wenn es um die Abwehr konkreter Gefahr geht oder wenn ein Tatverdacht vorliegt.

Müller: Zum einen müssen nach dem Verfassungsschutzgesetz konkrete Anhaltspunkte vorliegen, damit der Dienst Beobachtungskompetenzen hat. Zum anderen wird der Grundrechtsschutz im Fall des Verfassungsschutzes durch eine effektive parlamentarische Kontrolle gewährleistet.

Ist das nicht eine geringere Kontrolle als bei der Polizei, wo immer noch Gericht und Staatsanwaltschaft beteiligt sind?

Müller: Das stimmt zwar. Aber Gericht und Staatsanwaltschaft genehmigen verdeckte Maßnahmen der Polizei nur vorab, während beim Verfassungsschutz auch eine Ergebnis-Kontrolle durch das parlamentarische Gremium stattfindet. Zudem wäre die Vorstellung, dass der Verfassungsschutz aufs Geratewohl drauflos ermitteln und dieses Instrument in inflationärer Weise einsetzen würde, wirklichkeitsfern.

HINTERGRUND

In der Diskussion um verdeckte Online-Durchsuchungen privater Computer hat Innenminister Meiser sich offen für die Einrichtung eines parlamentarischen Kontrollgremiums gezeigt. „Wenn das praktikabel ausgestaltet wird, habe ich damit überhaupt keine Probleme“, sagte Meiser. *dpa*

heißt, alle Ereignisse in diesem Buch der Wirklichkeit. Die Namen bestimmter Personen und Institutionen wurden jedoch umschrieben, einige Charaktereigenschaften ebenfalls geändert – zum Guten, wie man an mancher Stelle mutmaßen darf. Auch das Leben der erwachsenen Tochter fällt unter Schweigevorbehalt, ihr Name bleibt ungenannt – „sie soll geschützt werden“, so die Gräfin. „Es war doppelt schmerzhaft, das Buch zu schreiben“, versichert die Autorin, die zunächst die französische Ausgabe vorlegte und nun bei der Übersetzung ins Deutsche den Inhalt noch

einmal „durchlebt“. Der Großrosselner Digital-Verlag stellt baldiges Erscheinen in Aussicht. Wer will, kann über den Buchhandel eine Ausgabe mit persönlicher Widmung vorbestellen. Und was bekommt man zu lesen? Eine Hommage an das bunte Leben, dem trotz aller Widrigkeiten mit Optimismus zu begegnen sei. Man müsse sich immer wieder aufrichten und an das Leben glauben, sagt die Gräfin. Und kämpfen, gegen Ungerechtigkeit, Armut, Leid und Alkoholismus.

◆ „Leid und Kampf einer Prinzessin“, Digital-Verlag, ISBN 3-936983-25-9, 29,90 Euro